

Handeln, bevor es zu spät ist

Unter dem Kommentar-Titel "Ganz schön scheinheilig" reitet WA/BBA-Chefredaktor Daniel Marti wieder einmal eine Attacke gegen Nationalratskandidat Andreas Glarner und die SVP. Wie schon im Vorfeld der Grossratswahlen 2005 versucht der WA/BBA, Glarner in der braunen Ecke anzusiedeln. Das ist völlig unfair und sachlich völlig ungerechtfertigt, auch wenn für die Argumentation ein emeritierter Geschichtsprofessor Pate steht. Die Botschaft, welche Glarner mit seinen beiden Plakaten vermittelt, wäre eigentlich einfach zu verstehen, wenn man denn nur wollte. Aber es ist natürlich weitaus bequemer, einmal mehr den angeblich schlechten SVP-Stil zu thematisieren, statt sich auf die brennenden inhaltlichen Fragen zu konzentrieren. Jemand aus dem Bezirk Baden hat eine Strafanzeige gegen Glarner eingereicht. Als Jurist bin ich überzeugt davon, dass auf die Klage nicht eingetreten oder das Gericht feststellen wird, dass kein Verstoss gegen die Anti-Rassismus-Strafnorm vorliegt. Weder Andreas Glarner selbst noch seine beiden Plakate sind rassistisch oder zielen auf rassistische Instinkte. Glarner zeigt lediglich plakativ die grosse Problematik der mangelnden Integration fundamentalistischer Muslime in der Schweiz auf. Als mutiger Politiker getraut er sich, auf diese Probleme und Gefahren in unmissverständlicher Deutlichkeit hinzuweisen.

Als Bewohner dieses Landes dürfen wir die massive Zunahme von Gewalt und Kriminalität, die permanenten Verstösse gegen unsere Rechtsordnung, den schleichenden Einzug einer Parallelgesellschaft mit Blutrache, Zwangsheirat und Frauenunterdrückung nicht länger tolerieren. Es ist höchste Zeit, die Migrations- und Integrationsdebatte öffentlich zu führen und dringend notwendige Massnahmen bis hin zum Landesverweis rigoros durchzusetzen. Wer Gastrecht genießt und unsere demokratische Rechts- und Gesellschaftsordnung nicht als verbindlich anerkennen will oder kann, hat unser Land zu verlassen. Es ist übrigens erstaunlich, wie linke Kreise und pseudobürgerliche Gutmenschen, welche sonst unermüdlich die Geschlechtergleichstellung fordern, zum Thema Frauenunterdrückung im Islam beharrlich schweigen. Feigheit oder Ignoranz?

Die SVP wehrt sich mit aller Kraft gegen die schleichende Islamisierung der Schweiz und den damit einhergehenden Verlust unserer durch die Bundesverfassung garantierten Grundrechte. Zu diesen Rechten gehören auch die Meinungsäusserungsfreiheit und eine von fundamentalistischer sowie politischer Indoktrination freie Religionsfreiheit. Uns bleibt nicht mehr viel Zeit. Aufgrund der kulturellen Expansion des Islam und der demographischen Entwicklung besteht die grosse Gefahr, dass wir in zwei bis drei Jahrzehnten in einer weitgehend islamisch geprägten Gesellschaftsordnung leben müssen, die sich an Koran und Scharia orientiert und nicht mehr an unserer demokratischen, christlich-abendländischen Rechts- und Gesellschaftsordnung. Unsere staatlichen und kulturellen Grundlagen stehen auf dem Spiel, und viele wollen diese unbequemen Fakten in ihrer egozentrischen Naivität nicht wahrhaben, bis es zu spät ist.

Gregor Biffiger, Grossrat SVP, Berikon